

D-03 Dringlichkeitsantrag: Waffenstillstand und Friedensinitiative für Israel und Palästina sind unerlässlich

Antragsteller*in: Karl-Wilhelm Koch (KV Vulkaneifel)
Tagesordnungspunkt: D Dringlichkeitsanträge
Status: Zurückgezogen

Antragstext

- 1 „But as the last twenty years, and even more so the events of this horrific Shabbat,
2 prove,
3 all the military might on the earth will not provide defense and security. A political
4 solution is the only pragmatic thing that is possible – we are obligated to try, and we
5 must
6 begin this work today.”
7 - Ziv Stahl, survivor of the Be’eri Massacre
- 8 „Aber wie die letzten zwanzig Jahre und noch mehr die Ereignisse dieses schrecklichen
9 Schabbats beweisen, wird alle militärische Macht der Welt keine Verteidigung und
10 Sicherheit
11 bieten. Eine politische Lösung ist das einzig pragmatische, was möglich ist – wir sind
12 verpflichtet, es zu versuchen, und wir müssen heute mit dieser Arbeit beginnen. ”
13 - Ziv Stahl, Überlebende des Massakers von Be’eri
- 14 Wir Grüne sind entsetzt über die brutalen Massaker an Zivilisten am 7. Oktober 2023,
15 die
16 Raketenangriffe der Hamas auf Israel wie auch die darauffolgende Abriegelung und
17 massive
18 Bombardierung des Gazastreifens durch die israelische Regierung.
- 19 Auch mit Blick auf die jahrzehntelange Vorgeschichte macht die eskalierende Gewalt im
20 Nahen
21 Osten einmal mehr deutlich, dass dieser langjährige Konflikt endlich dauerhaft und
22 friedlich
23 gelöst werden muss und dass auch militärische Überlegenheit kein Garant für den
24 Bestand des
25 israelischen Staates ist.
- 26 Die Bundesdelegiertenkonferenz von Bündnis 90 /Die Grünen beschließt:
- 27 1. Wir verurteilen auf das Schärfste den Terror der Hamas bei dem Überfall auf
28 Israel am
29 7. Oktober 2023 und an den Folgetagen. Terror gegen Zivilpersonen, Mord,
30 Entführung
31 und Vergewaltigung sind durch nichts zu rechtfertigen. Weiterhin verurteilen
32 wir die
33 Raketen und Bombenangriffe auf die zivile Bevölkerung Israels und fordern

- 23 deren
24 sofortige und dauerhafte Einstellung.
- 24 2. Wir unterstützen mit allen zivilen und politischen Mitteln das Existenzrecht
25 des
26 Staates Israel unter den Bedingungen des Abkommens von Oslo 1995
27 ("Interimsabkommen
28 über das Westjordanland und den Gazastreifen").
- 27 3. Wir fordern die strikte Einhaltung des humanitären Völkerrechts durch die
28 Kriegsparteien, auch im Gazastreifen und im Westjordanland. Wir fordern
29 einen
30 sofortigen Waffenstillstand, den ungehinderten Zugang humanitärer Hilfe
31 und die
32 sofortige Freilassung aller zivilen und verwundeten Geiseln. Die Blockade des
33 Gazastreifens muss umgehend beendet werden. Eine Umsiedlung der
34 Bevölkerung ist unter
35 keinen Umständen vertretbar. Die Behinderung der Lieferung von
36 Trinkwasser,
37 Nahrungsmitteln, Medikamenten und Energie verstößt gegen das
38 Völkerrecht. Wir fordern
39 eine schnelle Möglichkeit zur Ausreise der schwer verletzten Menschen – die
40 dort nicht
41 mehr zu behandeln sind – aus dem Gazastreifen.
- 36 4. Wir appellieren an die Regionalmächte und Milizen, in den israelisch-
37 palästinensischen
38 Konflikt nicht militärisch einzugreifen und stattdessen auf eine Deeskalation
39 hinzuwirken. Ohne wirksame Friedensinitiativen droht eine Ausweitung des
40 Konflikts mit
41 Beteiligung des Irans und seiner Bündnispartner zu einem unkontrollierbaren
42 Flächenbrand bis hin zum Einsatz von Atomwaffen und zu Angriffen auf
43 Atomanlagen.
- 41 5. Wir unterstützen eine dauerhafte Friedenslösung wie z.B. die
42 Zweistaatenregelung nach
43 Oslo II. Diese muss gegen die militanten Islamisten der Hamas und anderer
44 Gruppierungen ebenso durchgesetzt werden wie gegen Israels
45 Rechtsradikale und
46 religiöse Fanatiker.
- 45 6. In jedem Fall muss dauerhaft gewährleistet sein, dass Israelis und
46 Palästinenser*innen
47 als gleichberechtigte Bürger*innen in gesicherter Rechtsstaatlichkeit leben
48 können.
49 Damit erkennen wir die Rechte der Bewohner*innen aller Territorien im
heutigen Israel
und Palästina auf Leben, Unversehrtheit, Freiheit, gleiche Rechte und
Eigentum (auch
an Grund und Boden) auf Grundlage der UN-Beschlüsse an. Wir sehen hier

- 50 die deutsche
51 Regierung in der Pflicht, initiativ zu werden.
- 51 7. Wir verurteilen die Landnahme durch jüdische Siedler*innen und die
52 Übergriffe der
53 Rechtsextremen und der radikalen Siedler im Westjordanland. Wir fordern die
54 amtierende
55 Regierung Israels auf, diese weder weiter zuzulassen noch zu unterstützen.
56 Diese –
57 aktuell eskalierenden – Aktionen – sind schon lange Teil des Problems und
58 müssen in
59 jeder Lösung, die langfristig Frieden bringen soll, mitbedacht und bewältigt
60 werden.
61 Wir fordern den umgehenden und dauerhaften Rückbau aller illegalen
62 Siedlungen im
63 Westjordanland.
- 64 8. Wir fordern eine UN-koordinierte Wiederaufbauhilfe für den Gazastreifen, an
65 der sich
66 auch die EU beteiligen soll.
- 67 9. Wir befürworten die Entsendung von UN-Friedenstruppen in den Gazastreifen
68 und ins
69 Westjordanland, um in enger Zusammenarbeit mit den palästinensischen
70 Sicherheitsbehörden dauerhaft weitere Terroraktionen zu verhindern. Dies
71 muss ein
72 intensives Engagement zur Vertrauensbildung zwischen den israelischen und
73 arabischstämmigen Bewohner*innen umfassen, denn nur durch Respekt und
74 Verbundenheit
75 ist Frieden möglich.
- 76 10. Wir verurteilen auf das Schärfste antijüdische Äußerungen und Übergriffe,
77 tätliche wie
78 verbale Angriffe auf jüdische Einrichtungen in Deutschland und auf alle hier
79 lebenden
80 Jüd*innen. Sie sind völlig inakzeptabel. Dabei achten wir darauf, die Pluralität
81 des
82 jüdischen Lebens zu respektieren, anstatt eine alleinige Repräsentation
83 durch die
84 Regierung Israels anzunehmen. Gewalt gegen jüdische Menschen und
85 Institutionen darf in
86 Deutschland nie wieder Platz bekommen. Antisemitismus treten wir
87 entschlossen
88 entgegen.
- 89 11. Das Demonstrationsrecht der hier lebenden Palästinenser*innen sowie das
90 Recht auf
91 Demonstration und Solidarisierung mit der Zivilbevölkerung im Gazastreifen
92 und im
93 Westjordanland im Rahmen der geltenden Gesetze müssen gewährleistet
94 sein. Gewaltfreie

76 politische Äußerungen, die Kritik am Vorgehen der israelischen Regierung
beinhalten,
77 sind nicht pauschal als antisemitisch zu verurteilen und schon gar nicht zu
verbieten.
78 Bürgerrechte wie die Meinungs- und Versammlungsfreiheit sind für jede
Demokratie
79 grundlegend.

80 12. Wir unterstützen den UN-Generalsekretär, der zur Lösung des Konfliktes dazu
aufruft,
81 sich mit dessen Ursachen auseinanderzusetzen.

82 **Die legitime Lehre des Holocausts ist die bedingungslose Verteidigung der**
Menschenrechte für
83 **alle.**

Begründung der Dringlichkeit

Die auf den 7. Oktober 2023 folgende Eskalation der Ereignisse zu einem neuen Nahostkrieg mit etlichen Tausenden von Toten auf beiden Seiten war am Antragschluss 12.10. nicht absehbar.

Begründung

erfolgt mündlich

weitere Antragsteller*innen

David Baltzer (KV Berlin-Kreisfrei); Detlef Wilske (KV Berlin-Lichtenberg); Martin Pilgram (KV Starnberg); Sabine Hebbelmann (KV Odenwald-Kraichgau); Andrea Piro (KV Rhein-Sieg); Klemens Griesehop (KV Berlin-Pankow); Sandra Smolka (KV Freising); Lene Greve (KV Hamburg-Altona); Rania Al-Sahhoum (KV Berlin-Mitte); Thomas Wolff (KV Berlin-Charlottenburg/Wilmersdorf); Maria Regina Feckl (KV Erding); Horst Bäuml (KV Bad Dürkheim); Sigrid Pomaska-Brand (KV Märkischer Kreis); Bettina Deutelmöser (KV Stade); Gabriele Fürstenberg (KV Köln); Cornelia Stump (KV Bad Dürkheim); Horst Schiermeyer (KV Görlitz); Achim Kemmerling (KV Erfurt); Stephan Wiese (KV Lübeck); sowie 41 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.